

LEISTUNGSORDNUNG 2007

(im Falle der Satzungsänderung der VE Teil B 2006)

A. Versorgungseinrichtung Teil A / ALT

I. Adressatenkreis:

Die Bestimmungen der Versorgungseinrichtung Teil A ALT finden Anwendung auf

- a) alle bereits existierenden Leistungsempfänger
- b) alle Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte gemäß § 18 der Übergangsbestimmungen der VE Teil A NEU, die eine entsprechende Option abgegeben haben.

II. Nachstehende Leistungen (Renten) für Anspruchsberechtigte (ausgenommen die in die Liste der Rechtsanwaltskammer Wien eingetragenen europäischen Rechtsanwälte oder deren Hinterbliebene) nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 47 - 54 RAO und nach Maßgabe der jeweils gültigen, von der Plenarversammlung beschlossenen Satzung der Versorgungseinrichtung, Teil A ALT werden für **2007** wie folgt festgesetzt

| | EUR |
|---|----------|
| 1. Alters- und Berufsunfähigkeitsrente | 2.080,-- |
| 2. Witwen-/Witwerrente | 1.248,-- |
| 3. Halbwaisenrente | 832,-- |
| 4. Vollwaisenrente | 1.248,-- |
| 5. Sind nach dem/der Rechtsanwalt/Rechtsanwältin zwei oder mehr Personen mit Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung vorhanden, so darf die Summe der Leistungen für die Anspruchsberechtigten nicht höher sein als die Leistung, auf die der/die Rechtsanwalt/Rechtsanwältin selbst Anspruch hätte. Innerhalb dieses Höchstausmaßes sind die Leistungen an die einzelnen Anspruchsberechtigten verhältnismäßig zu kürzen. | |
| 6. Für Sterbefälle ab dem 01.01.2007 beträgt der Todfallsbeitrag EUR 10.900,-- abzüglich eines allfälligen Beitragsrückstandes, mindestens jedoch EUR 4.000,--. | |
| 7. Die Mindestansprüche gemäß § 52 Abs. 1 RAO bleiben unberührt. | |

B. Versorgungseinrichtung Teil A / NEU

I. Adressatenkreis

Die Bestimmungen der Versorgungseinrichtung gelten ab 01.01.2004 für alle in die Liste der Rechtsanwälte eingetragenen Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte - soweit nicht § 18 der Satzung zur Versorgungseinrichtung Teil A NEU (Übergangsbestimmungen) zur Anwendung kommt - sowie für alle in die Liste dieser Rechtsanwaltskammer eingetragenen europäischen niedergelassenen Rechtsanwälte.

II. Basisaltersrente

Die Basisaltersrente beträgt unter Berücksichtigung mittelfristiger Finanzierungserfordernisse unter Einbeziehung versicherungsmathematischer Grundsätze gemäß § 52 (1) RAO ab 01.01.2007

EUR 2.080,--

III. Leistungen

1. Voraussetzung und Höhe regeln sich nach

- a. Altersrente und vorzeitige Altersrente § 6
- b. Berufsunfähigkeitsrente § 7
- c. Witwenrente § 8
- d. Waisenrente § 9
- e. Verhältnis der Renten zueinander/Höhe der Witwen- und Waisenrenten § 10

der Satzung der Versorgungseinrichtung Teil A NEU.

2. Außerordentliche Leistungen (§ 12 VE Teil A NEU)

Der Ausschuss kann auf Antrag in außerordentlichen Härtefällen nach freiem Ermessen und ohne Begründung eines Rechtsanspruches Leistungen an Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte und deren Hinterbliebene unter Absehen von den für solche Versorgungsleistungen notwendigen Voraussetzungen gewähren. Als Härtefall ist insbesondere eine Notsituation anzusehen, die durch eine - gemessen an der Dauer der Verzögerung des Berufseintrittes - übermäßige Reduktion der Zurechnungszeiten gemäß § 7 Abs 6 lit b bewirkt wird.

Die Höhe der Leistungen darf die Höhe der Basisrente jedenfalls nicht übersteigen, kann jedoch betrags- und zeitmäßig darunter festgesetzt werden.

3. Todfallsbeitrag (§ 11 VE Teil A NEU)

Für Sterbefälle ab dem 01.01.2007 beträgt der Todfallsbeitrag EUR 10.900,-- abzüglich eines allfälligen Beitragsrückstandes, mindestens jedoch EUR 4.000,--.

Die Antragsberechtigung sowie der Kreis der Leistungsempfänger nach deren Ableben ein Anspruch auf Gewährung eines Todfallsbeitrages entsteht, regelt sich nach § 11 VE Teil A NEU.

C. Versorgungseinrichtung Teil B (Zusatzpension NEU)

Die Leistungen für Anspruchsberechtigte nach Maßgabe der jeweils gültigen, von der Plenarversammlung beschlossenen Satzung der Versorgungseinrichtung, Teil B, errechnen sich wie folgt:

1. Basis der Berechnung der Alters- und Berufsunfähigkeitsrente ist die Summe der auf dem Konto des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin gutgeschriebenen Beiträge und erzielten Veranlagungsergebnisse. Die Höhe der Rente bestimmt sich jährlich aufgrund der genehmigten Abschlüsse.

Im Falle der Wiedereintragung eines Rechtsanwaltes errechnet sich die Berufsunfähigkeitsrente gemäß § 4 Abs 5 der Satzung.

Je nach Eintrittsalter in die Zusatzpension wird - Zahlung der Erstprämie vorausgesetzt - folgende Mindestrente im Falle der Berufsunfähigkeit grundsätzlich festgelegt:

| Eintrittsalter / Lebensjahr | Mindestrente / Jahr |
|-----------------------------|---------------------|
| | EUR |
| 30 | 8.720,74 |
| 31 | 8.430,05 |
| 32 | 8.139,36 |
| 33 | 7.848,67 |
| 34 | 7.557,98 |
| 35 | 7.267,29 |
| 36 | 6.976,60 |
| 37 | 6.685,90 |
| 38 | 6.395,21 |
| 39 | 6.104,52 |
| 40 | 5.813,83 |
| 41 | 5.523,14 |
| 42 | 5.232,45 |
| 43 | 4.941,76 |
| 44 | 4.651,07 |
| 45 | 4.360,37 |
| 46 | 4.069,68 |
| 47 | 3.778,99 |
| 48 | 3.488,30 |
| 49 | 3.197,61 |
| 50 | 2.906,92 |
| 51 | 2.616,23 |
| 52 | 2.325,53 |
| 53 | 2.034,84 |
| 54 | 1.744,15 |
| 55 | 1.453,46 |
| 56 | 1.162,77 |
| 57 | 872,08 |
| 58 | 581,39 |
| 59 | 290,70 |

Diese Mindest-Berufsunfähigkeitsrente reduziert sich im Falle einer Ermäßigung des jährlichen Beitrages oder einer Befreiung im Jahre des Anfallens der Berufsunfähigkeitsrente oder in einem oder mehreren dem Anfall der Berufsunfähigkeitsrente vorhergehenden Jahr(en) auf den Prozentsatz der Mindest-Berufsunfähigkeitsrente,

der dem Prozentsatz des durchschnittlich bezahlten Jahresbeitrages im Verhältnis zum Durchschnitt der nicht ermäßigten Jahresbeiträge entspricht.

2. Die Witwen-/Witwerrente beträgt 60 % der Rente des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin, die dieser/diese zum Zeitpunkt seines/ihrer Ablebens bezogen hat oder als Aktiver/Aktive im Falle der Berufsunfähigkeit bezogen hätte (vgl. §§ 3, 4, 5 der Satzung, Teil B).
3. Die Waisenrente beträgt für Halbweisen 10 %, für Vollweisen 20 % der bezogenen Rente, im Falle des Todes eines/einer Aktiven für Halbweisen 10 %, für Vollweisen 20 % der fiktiven Berufsunfähigkeitsrente.
4. Die Abfindung für den Todesfall beträgt 40 % der auf den Konten des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin verbuchten Beiträge und erzielten Veranlagungsergebnisse, mindestens das 10-fache der jährlichen Mindestwitwen-/Witwerrente (gemäß § 6 der Satzung, Teil B). Im Falle der Umwandlung der Anwartschaft in eine beitragsfrei gestellte Anwartschaft infolge des Erlöschens oder Ruhens der Rechtsanwaltschaft gemäß § 34 RAO beträgt die Abfindung 40 % der auf dem Konto des Rechtsanwaltes verbuchten Beiträge und erzielten Veranlagungsergebnisse.
5. Die Teilabfindung bei Antritt einer Altersrente beträgt höchstens 50 % der auf dem Konto des/der Rechtsanwaltes/Rechtsanwältin verbuchten Beiträge und Veranlagungsergebnisse (gemäß § 7 der Satzung, Teil B).
6. Die gemäß Teil B der Satzung auszahlenden Renten werden um die jährlichen Kosten für Verwaltung, Prüfungen und Vermögensveranlagung gekürzt.

D.

1. Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte, die nach den Bestimmungen der Versorgungseinrichtung, Teil A (ALT und NEU) eine Alters- oder eine Berufsunfähigkeitsrente beziehen, haben Anspruch auf Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz.
2. Die Auszahlung aller kammereigenen Pensionsleistungen erfolgt 14 x p.a., jeweils am Letzten eines jeden Monats im voraus für den Folgemonat, zum ersten Mal am Letzten des Monats, in dem der Versorgungsfall eintritt, ausgezahlt, die 13. Rente am 31. Mai, die 14. Rente am 30. November eines jeden Jahres.
3. Solange keine neue Leistungsordnung (Teil A und Teil B der Satzung der Versorgungseinrichtung) von der Plenarversammlung beschlossen ist, gelten die Bestimmungen dieser Leistungsordnung auch für die Folgejahre.
4. Mit der Vollziehung dieser Leistungsordnung ist die zuständige Abteilung des Ausschusses der Rechtsanwaltskammer Wien betraut.

Beschlossen in der Plenarversammlung am 27.04.2006